



WENN DIE "LIEBE ZU DEN FREMDEN" MAßLOS ÜBERTRIEBEN WIRD

Ist es notwendig, „Geflüchtete“ derart in Luxus zu betten?

Von CANTAL00P | Schon des Öfteren wurde [dieser Sachverhalt hier](#) und auch an anderer Stelle thematisiert. Geändert hat sich seitdem nichts Grundlegendes. In vielen (teuren) süddeutschen Ballungszentren wird der Wohnraum allmählich knapp, die Baumöglichkeiten sind begrenzt – und die Anzahl der Neubürger, auch mit speziellen Bedürfnissen, wird täglich größer.

Der Bund delegiert diese Verantwortung bekanntermaßen an die Kommunen weiter, um selbige mit der Umsetzung des hinter verschlossenen Türen ausbaldowerten „Migrationspaktes“ oft heillos zu überfordern. Der mündige Bürger indessen erfährt in der Regel nur noch das, was sich ohnehin nicht mehr leugnen lässt. Bislang hat diese perfide Taktik bestens funktioniert.

Wer im süddeutschen Raum, insbesondere in der Regionalität Tübingen/Stuttgart, dort wo viele innovative High-Tech-Firmen ansässig sind, nach bezahlbarem Wohnraum Ausschau hält, braucht Nerven, Zuversicht, einen guten Leumund – und nicht zuletzt einen prall gefüllten Geldbeutel.

Die Machtlosigkeit kritischer Bürger gegenüber den linken Obrigkeiten

Es sei denn, man gilt als „geflüchtet“ und hat den diesbezüglich wachweichen Behörden bereits einen „Bleibestatus“ abgetrotzt. Dann kann man nämlich auch im überaus beliebten Tübingen, oder der nahen Peripherie durchaus in den Genuss kommen, fortan einen Neubau-Erstbezug der höchsten Qualitätsgüte als seine Adresse angeben zu können. Nur auf Basis der Flüchtlings-Sozialhilfe, versteht sich. Plus der ohnehin dazugehörigen Voll-Alimentierung sämtlicher anderer Bedürfnisse.

So siedelt man Menschen, von denen nicht wenige noch vor kurzer Zeit in selbstgezimmerten Lehmhütten gehaust haben, schnurstracks in „barrierefreie“ Komfort-Destinationen um, die nach den neuesten Erkenntnissen von Baubiologie und Ökologie erstellt wurden. Hier muss man nicht, so wie es viele der Migranten noch gewohnt sind, Abbruch-Holz und ölige Lumpen sammeln um nicht zu erfrieren, sondern man regelt Temperatur, Klimatisierung und andere Annehmlichkeiten mit einer Smartphone- App.

Somit sind viele der einziehenden und zumeist muslimisch geprägten Großfamilien und Clans oftmals schon mit Bedienung und Pflege der exklusiven Unterkünfte heillos überfordert. Dementsprechend gestalten sie ihre Wohn-Bedürfnisse so, wie sie es von jeher gewohnt sind. Defäkiert wird oftmals da, wo man sich gerade befindet. Der Müll wird nicht selten direkt aus dem Fenster geworfen – und die gewünschte Raumtemperatur regelt man der Einfachheit halber mit dem Fenster. Ein Blick auf die französischen Banlieues genügt vollauf, um zu erkennen, wie sich abgeschottete muslimische Enklaven in der Regel entwickeln, selbst innerhalb von „weltoffenen“ Städten.

Schwäbisch – Superkorrekt

Doch zurück zum Titelbild; um sich eine Bleibe im Öko-Dorf

Hirschau, stilecht mit Bioladen, Greenpeace-Büro, sowie streng blitzüberwachter Tempo 30 Zone leisten zu können, muss man als Werktätiger schon einiges richtig gemacht haben. Ein durchschnittliches Single-Einkommen reicht hier bestenfalls für eine 1-Zimmer Wohnung im Hinterhof.

Aber nicht, wenn sie den Status von „Geflüchteten“, vielleicht noch mit pflegebedürftigen Angehörigen, innehaben. Dann öffnet sich das staatliche Füllhorn nahezu unbegrenzt – und bietet auch absehbar lebenslang zu unterstützenden Kostgängern, die oftmals bar jeder Bildung ins Land geschlüpft sind, einen Komfort, wie es sonst eigentlich nur Leistungsträgern, Wertschöpfern, oder bestenfalls Geschäftsreisenden vorbehalten ist.

Es mag durchaus gute Gründe geben, weshalb diese spezielle Art der Nobel-Unterbringung in Tübingen und auch anderen Orten genau so praktiziert wird. Aber die himmelschreiende Ungerechtigkeit, insbesondere allen rechtschaffenen „Arbeitenden“ gegenüber, wird gleichwohl nicht länger unbemerkt bleiben. Und Neid ist bekanntlich auch eine deutsche Tugend, wenngleich auch keine Gute.

Die Normalität wird Stück für Stück abgetragen

Denn selbst im grünen Idyll am Neckar, wo bislang ein „gesundes linkes Volksempfinden“ als einzige Legitimation für politische Entscheidungen genügt hat gilt; wer als „Obrigkeit“ die vom Bund zugewiesenen Flüchtlinge in bezugsfertige Luxus-Immobilien von Millionenwert „umsiedelt“, aber im Umkehrschluss einheimische Bewohner und Häuslebauer mit Vorschriften, Geboten und Regularien regelrecht gängelt, der wird irgendwann einen erhöhten Erklärungsbedarf hinsichtlich seiner Wählerschaft haben. Zumindest denjenigen gegenüber, die nicht von Transferleistungen abhängig, oder in Staatsdiensten tätig sind.

Und das wird auch der „Enteignungs-Oberbürgermeister“ Palmer

mit seinen honorablen Absichten, nebst seiner Verbots-hyperaktiven Grünpartei hoffentlich irgendwann spüren.

„Wir heißen sie willkommen, wir kleiden sie ein, wir ernähren sie. Spielt es da noch eine Rolle, dass sie nicht auf Panzern einrollen?“



Illegale Afrikaner blockieren Terminal des Pariser Flughafens

Von CHEVROLET | Deutschland den Deutschen? Nein, das gibt es nicht mehr, seit Merkel die Türen für alle und jeden öffnete. Deutschland für alle, lautet ihr Motto. Vor allem das, was die Deutschen erwirtschaftet haben, dürfen alle, die es wollen, in Selbstbedienung mitnehmen.

Und in Frankreich? Da erklingt seit Sonntag am Flughafen Charles-de Gaulle im Terminal 2 der Ruf „Frankreich gehört nicht den Franzosen. Jeder hat das Recht hier zu sein“. Das skandieren rund 500 illegale Einwanderer, überwiegend Afrikaner, wie Bilder belegen, auf dem Flughafen, die das Terminal 2 blockierten und verhinderten, dass Flugpassagiere an Bord ihrer Flüge gelangen konnten.

Hinter der Aktion steckt die Pro-Migrations-Gruppe „La

Chapelle Debout“, die sich dafür einsetzt, dass jeder, auch abgelehnte Asylforderer, in Frankreich bleiben können.

In Anlehnung an die Volksbewegung der Gelben Westen nennen sich die Demonstranten „Schwarze Westen“. Sie fordern auch, dass die Fluglinie Air France sich nicht an Rückführungen, in Frankreich offen Deportationen genannt, beteiligt, und jegliche finanzielle, materielle, logistische oder politische Unterstützung einstellt, wie es [auf Facebook](#) heißt.

Die Zeitung [„Le Parisien“](#) berichtet, dass der CDG-Flughafen deshalb ausgewählt wurde, weil sich in dessen Nähe ein Abschiebe-Zentrum befinde, wo Illegale vor ihrer Deportation untergebracht würden.

Plusieurs centaines de sans papiers envahissent le Terminal 2 de l'aéroport Roissy pour dénoncer les expulsions et le traitement des sans papiers. Utilisation de gaz lacrymogènes par les policiers.

Ils veulent parler au PDG d'Air France et au premier ministre Edouard Philippe. pic.twitter.com/DGNLJGVf1o

– Remy Buisine (@RemyBuisine) [19. Mai 2019](#)



Schweden fürchtet Familiennachzug

Von CHEVROLET | „Familiennachzug“, ein Schlagwort, das das Nachholen von „Familienangehörigen“ durch die „Flüchtlinge“ der vergangenen Jahre bedeutet. Da arabische, afrikanische und generell moslemische Familien zumindest „recht groß“ sind und inzuchtbedingt durchaus mal ganze Dörfer umfassen können, oder auch gleich mal eine Handvoll Ehefrauen und entsprechend dutzende Kinder, können das sehr viele Menschen werden, die sich da leistungsfrei im deutschen Sozialsystem einnisten werden.

Aber die großartigen Politiker sagen, dass es gar nicht so viele werden.

In Schweden, wie Merkel-Land auch nicht gerade bekannt für Ehrlichkeit in Sachen „Flüchtlinge“ und der Folgen der Invasion, bekommt man langsam aber Angst, was da über das Land von Pippi Langstrumpf, Volvo und IKEA hereinbrechen könnte.

Anders Knappe, der Vorsitzende des schwedischen Städte- und Gemeindebundes SKL, warnte das Land vor einer neuerlichen Migrantenkrisis durch den „Familiennachzug“, der auch als Ketten-Migration bezeichnet wird. Schwedens Kommunen würden nicht in der Lage sein, die daraus entstehenden gigantischen Kosten zu stemmen, [berichtet „Aftonbladet“](#).

„Auf Schweden kommt die zweite Welle des Flüchtlingszuzugs zu, die Familieneinwanderung. Wir wissen aber nicht, wie groß diese Welle wird. Sie kann sehr stark sein und Zahlen wie 2015 und 2016 erreichen.“ Der größte Teil der Familien-Einwanderung wird sicher zunächst in die Kommunen führen, die jetzt schon eine angespannte Situation haben, so Knappe.

Einige Kommunen im Land spüren bereits jetzt die Folgen der ungehemmten Einwanderung Versorgungssuchender. Urban Hansson

Brusewitz, der Chef des Nationalen Instituts für Wirtschaftsforschung (KI) sagte bereits voraus, dass es dazu kommen würde, dass die Kommunen die Steuern drastisch erhöhen müsste, kurzum eine Entwicklung, die ja auch auf Deutschland zukommt, wo die Regierung ja bereits eine CO2-Steuer ins Auge gefasst hat, durch deren Einnahmen die Versorgung der Kostgänger gesichert werden könnte.

Anders Knapes Kritik wurde natürlich vom Gutmenschen-Komplex in Schweden sofort zurückgewiesen. Fredrik Söderberg, Sprecher der Migrationsbehörde: „2019 erwarten wir, dass etwa 27.000 Menschen kommen, danach nur noch 20.000 in den Jahren 2020 und 2021.“ Das wären dann so viel wie 2016 und 2017, als 68.000 Menschen an die schwedischen Fleischtöpfe drängten.

Anders Knappe dagegen warnte, dass die Migrationsbehörde schon in der Vergangenheit mit ihren zu niedrigen Zahlen falsch lag. Der Familiennachzug werde unterschätzt und man müsse sich auf große Zahlen von Menschen vorbereiten, die es sich im Sozialsystem bequem machen wollten.

Schwedens Migrationsminister Morgan Johansson dagegen freut sich auf die Massen von „Familienangehörigen“, denn dies sei [gut für die Integration](#).



Sinzheim (Schwarzwald): Nackte Afrikanerin ohrfeigt Passantin

Von EUGEN PRINZ | Wer schon immer mal grund- und kostenlos von einer unbedeckten Schwarzen geohrfeigt werden wollte, war am Donnerstag Vormittag im [Ortszentrum von Sinzheim](#) goldrichtig. Dort flanierte gegen 9.30 Uhr eine 43-jährige, dunkelhäutige Grazie nackt und laut schreiend auf dem Marktplatz und ohrfeigte eine Passantin, die sich ihr in den Weg stellte (im Video bei 0:23 min). Es dauerte nicht lange, bis dieses Spektakel eine Menge dankbarer Zuschauer gefunden hatte. Damit auch die etwas jüngeren in den Genuss ihres Revuekörpers kommen konnten, machte die Dame auch noch einen Abstecher auf den Pausenhof der angrenzenden Lothar-von-Kübel-Grundschule.

Schwierigkeiten bei der Festnahme

Bei der schwäbischen Polizei kam das offenbar nicht ganz so gut an, daher rückten Beamte des Polizeipostens Baden-Baden-Oos mit mehreren Streifenfahrzeugen aus, um das Model festzunehmen. Dieses Vorhaben erwies sich jedoch als nicht ganz einfach, weil die Gute trotz intensiver Bemühungen der einfühlsamen Beamter nicht zu beruhigen war. Daher musste das Problem mit einem Paar Handschellen gelöst werden. Mittels einer Wolldecke wurde anschließend die Sitte der Göttin mit dem Alabasterkörper wieder hergestellt. Und damit so etwas nicht so schnell wieder passiert, ging es ab in eine psychiatrische Fachklinik, unter Polizeibegleitung, versteht sich.

Ein Hoch auf die Pressestelle des Polizeipräsidiums Offenburg

Und jetzt wird es Zeit für eine Lobeshymne auf die Pressestelle des Polizeipräsidiums Offenburg, die für diesen schwierigen Fall zuständig ist. Von dort war zu erfahren, dass

bei dem Vorfall zwei Passanten aus nicht näher erläuterten Gründen leicht verletzt wurden.

Nun, die Gründe hierfür können im Beitragsvideo besichtigt werden. Insofern erfahren PI-NEWS Leser also wieder einmal mehr, als die Polizei preisgibt. Aber auch sonst ist diese „Pressestelle“ ein herausragendes Beispiel für eine Fehlbenennung. Als der Autor dort anrief, um einige Details zu erfragen, wurde er gebeten, eine schriftliche Anfrage zu stellen. Dies tat er dann auch:

„Bitte beantworten Sie mir folgende Fragen:

Handelt es sich bei der Frau um eine Deutsche, schon länger in Deutschland lebende Ausländerin oder um eine Asylbewerberin?

Falls eine der letzten beiden Punkte zutrifft, aus welchem Land kommt sie und wie lange ist sie bereits in Deutschland?

Wie ist der gegenwärtige Aufenthaltsstatus?“

Dann die Antwort der Pressestelle:

„Den Vorfall können wir Ihnen gerne bestätigen.

Für Informationen zum Sachverhalt können Sie mir gerne anrufen.“

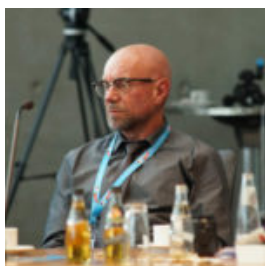
Das tat der Autor dann auch gerne und rief die „mir“ an. Bei dem Telefonat erklärte dann jedoch die Pressesprecherin, dass sie aus „Neutralitätsgründen“ (was immer das auch bedeuten mag) keinerlei Auskünfte zu den gestellten Fragen erteilen könne. Warum sie das nicht gleich per Email mitgeteilt hat, bleibt klügeren Leuten als dem Autor vorbehalten zu verstehen.

Teurer Spass für die Steuerzahler

Als nächstes stellt sich die Frage nach dem Motiv für die Ohrfeigen. Handelte es sich um die gerechte Strafe für jene, die dumm genug waren, eine Regierung zu wählen, die alle und jeden unkontrolliert ins Land lässt? Wäre wünschenswert, ist aber wenig wahrscheinlich. Im Vordergrund steht wohl eine psychische Erkrankung, die – wie wir alle wissen – bei diesem

Personenkreis sehr, sehr selten vorkommt. Das Dumme für den Steuerzahler ist, dass der Aufenthalt in einer psychiatrischen Fachklinik im Monat mit knapp 10.000 Euro zu Buche schlägt und es bei solchen Psychosen gerne zu Rezidiven kommt.

Falls es sich bei unserer schwarzen Lady um eine „Schutzsuchene“ handelt, was nicht ganz unwahrscheinlich ist, wird sie dem hart arbeitenden deutschen Schlaf-Michel noch eine Menge Geld kosten. Aber dem Finanzminister fällt schon etwas ein. Die CO2-Steuer ist ein heißer Tipp. Dieseln für die Klappe, heißt es dann...



Eugen Prinz
im Mai 2019
auf dem
Kongress der
Neuen Medien
in Berlin.

[Eugen Prinz](#) kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine [Facebook-Seite](#) oder [Twitter](#).



Stuttgart: Kirchen demonstrieren für Asyl und offene Grenzen

Am Mittwoch demonstrierte die Evangelische Kirche in Stuttgart als „Diakonie Württemberg“ für ein Asyl- und faktisches Bleiberecht für alle. Mit im Boot als Juniorpartner saß auch die katholische Kirche in Gestalt der Caritas. Hunderte Stühle wurden dafür verunstaltet und teilweise mit der für die Asylindustrie typischen Parolen wie „Heimat für alle!“ oder „Stadt ohne Rassismus!“ beschmiert.

Verunziert wurden die Stühle von Flüchtlingsinitiativen, Kirchengemeinden (was im Prinzip vielerorts das gleiche ist) und Diakonischen Einrichtungen. Kinder und Jugendliche wurden in Kindergärten und Schulen dafür ebenfalls missbraucht und mussten sich der Asylindustrie (in der Unterrichtszeit?) für die Aktion zur Verfügung stellen. Auch einige Unternehmen und Kommunen sollen das Treiben aktiv unterstützt haben.

Warum die Kirchen oft zurecht als Vorfeldorganisation linker und grüner Parteien gesehen werden, wurde beim Blick in die ausgelegten Informationsmaterialien und Plakate mehr als offensichtlich. Bezeichnungen wie „vielfältige Gesellschaft“, „Flüchtlingsschutz“, „Solidarität und Teilhabe“ oder die Forderung nach „Recht auf Asyl“ wurden hier genauso als Schlagworte und in entsprechendem Kontext verwandt wie sonst auch bei anderen linken Organisationen und Parteien.

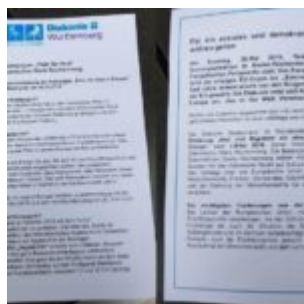
Propagiert wird in den Flugblättern der Kirchen eine „offene Gesellschaft“, die die Kirchen mithilfe einer offensichtlich ungezügelter Einwanderung durchzusetzen erhoffen. Dass hierbei meist muslimische Migranten und keine christlichen Flüchtlinge nach Europa kommen, scheint den beiden großen Kirchen schlichtweg egal zu sein. Die durch den massenhaften Zuzug radikaler Muslime sich verändernde Gesellschaft fällt den in ihren Blasen befindlichen „Schäfchen“ wahrscheinlich erst dann auf, wenn der Wolf zuschnappt. Dann ist es allerdings zu spät – wie die praktische Ausrottung des Christentums in der muslimischen Welt von Land zu Land wiederholt gezeigt hat. Aber manche wollen und können aus der Geschichte nichts lernen – die Kirchen gehören zweifelsfrei dazu!



In den offiziellen Begleitschreiben der Diakonie Württemberg wird zum Beispiel nach dem „Grundsatz der Nichtzurückweisung“ gefordert, nicht eine einzige Person an den europäischen Außengrenzen zurück zu weisen. Protagonisten und Profiteure

der Asylindustrie werden als „wichtige Akteurinnen und Akteure der Zivilgesellschaft“ umgedeutet. Diese würden „Schutzsuchenden wichtige Hilfe und Unterstützung bieten“, so die Diakonie Württemberg, die eine Stärkung dieser Strukturen durch staatliche Mittel fordert.

Schützenhilfe gibt die Kirche auch den als „Seenotrettern“ deklarierten Schleppern im Mittelmeer, deren illegale Tätigkeit kan nicht „kriminalisieren“ solle. Das steht im Text aus juristischen Gründen natürlich nicht wörtlich so, ist aber im Kontext der Aufzählung so zu entnehmen. Und weil man für die Neubürger besonders dankbar sein soll, wird explizit gefordert, den „Flüchtlings“ mit „Wertschätzung“ zu begegnen.



Keine einmalige Aktion

Weil die Propaganda für den weiteren Zustrom von Menschen aus kulturfremden Ländern weiter gehen soll, wird die Aktion auch fortgesetzt. Beim Europawahlkampf, dem Weltflüchtlingstag am

20. Juni und zur interkulturellen Woche in Stuttgart im September.

Wie eng verflochten die Kirchen mittlerweile mit Organisationen aus dem linken und linksextremen Milieu sind, zeigt ein gemeinsamer Flyer, der zu einer Demonstration gegen ein Europa der Vaterländer (gegen „Nationalismus“) aufruft, der vor Ort ebenfalls verteilt wurde.

Auf der Rückseite sind neben der Antifa Organisationen wie der VVN-BdA (wird vom Verfassungsschutz als [linksextremistisch eingestuft](#)) und das Logo der evangelischen Diakonie und der katholischen Caritas abgebildet.



Da verwundert es auch nicht, dass einer der einflussreichsten Antifa-Führer (Jens Heidrich) bei der evangelischen Kirche in Stuttgart als [Kindergärtner](#) und in der [Mitarbeitervertretung](#) beschäftigt und finanziert wird.



Abgelehnte Afghanen konnten wählen: Serbien oder nach Hause

Von CHEVROLET | Was tun mit abgelehnten Asylbewerbern, also solchen, die keinerlei Recht auf Asyl haben? In Deutschland ist das klar: hier behalten für immer, schön durchfüttern und verwöhnen. Gerade wenn sie kriminell werden, besteht das geringe Risiko, doch raus zu müssen.

In Ungarn beschreitet man jetzt einen anderen Weg. Drei Familien aus Afghanistan, die in Ungarn Asyl erbettelten, also trotz Grenzsicherung nach Ungarn kamen, beantragten Asyl. Das ist erlaubt, aber Asylanträge der Afghanen wurden sofort abgelehnt.

Und das bedeutet, dass sie weg müssen. Alle drei Familien wurden vor die Alternative gestellt, nach Serbien zu gehen, wo sie her kamen, oder in ihre Heimat Afghanistan ausgeflogen zu werden. Aber, oh Wunder, nach Afghanistan wollte keiner. Natürlich nur, weil es dort so gefährlich ist, oder vielleicht, weil man von Serbien aus einen neuen Versuch starten kann nach Ungarn und in die EU einzudringen?

Jedenfalls veranstalteten die Familien moslemtypisch ein großes Theater, als es um ihre Deportation ging, [meldet die](#)

[BBC](#). Als am Dienstag die eine Familie nach Serbien deportiert wurde, schrie die Mutter wild herum: „Das ist das schlimmste Land meines Lebens. Eines Tages werdet ihr Flüchtlinge sein wie wir und dann erinnert ihr euch an uns“, keifte sie die Polizisten an.

Eine alleinreisende Mutter mit vier Kindern schickte der BBC eine Video-Nachricht aus einem Internierungslager in Ungarn: „Wir sind legal hierher gekommen und jetzt sagen sie uns, nach Serbien zurückzugehen, obwohl Serbien uns nicht will.“ Eine 35 Jahre alte schwangere Mutter mit drei Kindern fiel zweckmäßigerweise genau beim Auftauchen der ungarischen Polizei in Ohnmacht. Die Beamten wollten sie, ihre Kinder und ihren Mann, zur Rückführung nach Serbien abholen.

Sie wurde ins Krankenhaus gebracht, während der Mann und die Kinder im Lager bleiben mussten. Wenige Stunden später wurde die Familie dann doch nach Serbien gebracht.

Eine dritte Familie aus Afghanistan wurde mit einem Gefangentransporter an die Grenze gebracht und an Serbien übergeben. Dort kamen alle in Lager für illegale Migranten.

Ungarn erlaubt pro Tag nur zwei Asylanträge. Entsprechend mussten die versorgungssuchenden Afghanen zwei Jahre in serbischen Camps warten, bis sie nach Ungarn zur Antragstellung durften. Allerdings besagt ein weiteres Gesetz, dass Asylanträge von Personen, die aus sicheren Drittstaaten kommen, generell abgelehnt werden. Und Serbien ist natürlich ein sicherer Staat.

Entsprechend laut ist wieder einmal der Aufschrei der „Hilfsorganisationen“ und Gutmenschen, die die Rückführung als Bruch von ungarischem und Völkerrecht bezeichnen. Während die BBC behauptet, die Rückführung nach Afghanistan sei gescheitert, gilt wohl eher abgewandelt der Merkel-Satz: „Nun sind sie halt weg“. Das ist in diesem Fall die Hauptsache.

Von einer Flüchtlings-Feindlichkeit kann in Ungarn aber keine

Rede sein. Bereits 350 Flüchtlinge aus Venezuela hat das Land aufgenommen, weitere 750 sollen folgen. Allesamt sind es Venezolaner mit ungarischen Vorfahren, denn es gab eine Einwanderungswelle von Ungarn nach Venezuela nach dem Zweiten Weltkrieg und nach dem Ungarn-Aufstand 1956.

Dass Deutschland Venezolaner mit deutschen Wurzeln als Flüchtlinge aufgenommen hat, ist bislang nicht bekannt geworden.



Landshut: Nigerianer prügelt auf Zugbegleiter und Polizisten ein

Von MAX THOMA | Wer eine Zugreise tut, der kann was erzählen. Das war zu Zeiten Ludwig Thomas („Erster Klasse“, „Die Lokalbahn“) vor einem Jahrhundert so und gilt heute in besonderem Maße: Es vergeht kaum ein Tag, wo im öffentlichen Nahverkehr keine Vorfälle mehr stattfinden, welche noch vor Jahren undenkbar gewesen wären. Man gebe nur „Nigerianer“ und „Zugbegleiter“ bei google ein ([31.000 Treffer](#) in 0,27 Sekunden). „Zug um Zug“ sozusagen schreitet die unkontrollierte Neuansiedlung archaischer Kulturen im ehemals sicheren Deutschland voran. [80 Prozent der Zugbegleiter](#) haben mittlerweile „Angst, wenn sie ihren Job auf einer Schicht

alleine ausüben müssen“. Nicht ganz grundlos:

Am Montag wurden gegen 18.50 Uhr Beamte der Polizeiinspektion zur Unterstützung der Bundespolizei zum Landshuter Bahnhof (Niederbayern) gerufen. Ein 27-jähriger Nigerianer hatte einem Zugbegleiter lediglich „[sein Bayernticket](#)“ ausgehändigt, der Aufforderung, „sich auszuweisen“ wollte er aber nicht nachkommen. Das Bayernticket ist strikt namensgebunden, da gerade mit diesen Tickets oft „Schindluder“ auf den „Schwarzmärkten“ an Bahnhöfen getrieben wird. Vielleicht hat der noch nicht so sprachgewandte Ehrengast von Systemparteien und Steuerzahlern auch die Aufforderung „sich auszuweisen“ in den falschen Hals bekommen.

Das Relocation-Bauchgefühl: Mit voller Wucht in den Bauch

Es entwickelte sich eine zunächst „verbale Auseinandersetzung“. Im weiteren Verlauf ging der 27-jährige Schwarzafrikaner – und – fahrer unvermittelt auf den Zugbegleiter los und schlug auf diesen ein. Beim Eintreffen des Zuges am Hauptbahnhof Landshut führten Beamte der Bundespolizei bei dem renitenten Merkelgast eine Identitätsfeststellung durch. Dabei ging der aggressive 27-Jährige auf die Beamten los und wollte auch diese schlagen. Im „Integrationskurs“ wurde es versäumt, darauf hinzuweisen, dass sich dies im Schlaf-Affen-Land nicht geziemt. Bei der Schlägerei wurde ein Beamter der Bundespolizei verletzt. Die hinzu gerufenen Kräfte der Polizeiinspektion Landshut unterstützen die Kollegen der Bundespolizei bei der diffizilen Festnahme des 27-Jährigen. Dabei trat der Nigerianer einem der Polizisten mit voller Wucht in den Bauch.

Schließlich gelang es den Polizisten, den Zug-Zombie in Gewahrsam zu nehmen und zum Dienstgebäude in die Neustadt zu bringen. Bei diesem Einsatz wurde ein weiterer Beamter der Polizeiinspektion Landshut leicht verletzt, ein Beamter der Bundespolizei war nach dem Vorfall nicht mehr einsatzfähig. Die Polizei hat gegen den „polizeibekanntem und bereits

einschlägig in Erscheinung“ Tretenden (im wahrsten Sinne des Wortes) nun ein Ermittlungsverfahren wegen Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte sowie Körperverletzung eingeleitet. Seine Personalien wurden festgestellt.

Die linksgrüne [Landshuter Zeitung](#) titelt völlig missverständlich – wohl mit gezielter Framing-Absicht: „Schläge und Tritte – Zugfahrer greift Polizisten an“.

Immer diese „Zugfahrer“: Die Lokführer-Gewerkschaft GDL hat sogar eine eigene Umfrage zur „Verrohung“ gestartet. Ergebnis: 63 Prozent ihrer Kollegen sind schon körperlich angegriffen worden. 93 Prozent müssen sich täglich Beschimpfungen gefallen lassen. 78 Prozent der befragten Zugbegleiter haben Angst, wenn sie ihren Job auf einer Schicht alleine ausüben müssen. 80 Prozent sind beim Nachtdienst ängstlich. Jeder fünfte hat direkt Furcht vor Gewalt – oder vor Mobbing im Internet, etwa durch Veröffentlichung von Fotos samt Klarnamen. „Dieser Stress macht unsere Kollegen auf Dauer krank“.

Fatale Facetten der illegalen Migration

„Samstags, Sonntags und Feiertags in den frühen Morgenstunden zwischen drei und acht Uhr ist es selbst mit zwei Kollegen gefährlich“, hat ein Zugbegleiter auf den Fragebogen geschrieben. „Die Hemmschwelle zur Gewalt sinkt rapide“, erklärt der Bezirksvorsitzende der GDL, Sven Schmitte. „Unsere Kollegen werden geschlagen, mit Messern und sogar Schusswaffen bedroht“. Eine Ursache laut der Gewerkschaft: Meist kommt es bei der Ticket-Kontrolle zum Krach. „Unser Tarifsystem hier ist zu kompliziert“, erklärte Gewerkschaftsfunktionär Schmitte die Ursachen der zehntausendfachen Gewaltdelikte gegenüber dem Bahnpersonal.

Kleine tägliche Facetten der täglich expandierenden Umvolkungs-Politik, aber zusammengesetzt ergeben sie ein fatales Puzzle des Grauens und der neuen Gewalteskalationen im öffentlichen Raum.

Manfred Weber, EVP-EU-Spitzenkandidat und Massen-Relocation-Spezialist, wurde übrigens am 14. Juli 1972 im pittoresk-mittelalterlichen Landshut im vormals schönen Niederbayern geboren. Mit „Free Interrail“ wollte er ein EU-Mobilitätsprogramm einführen, das den EU-Bewohnern die kostenlose Nutzung eines Interrailtickets auf Steuerzahlerkosten ermöglichen soll, auch um gleichzeitig wirksam „gegen [anti-europäischen Populismus vorgehen zu können](#)“. Höchste Eisenbahn – hoffentlich ist der Zug nicht schon abgefahren, Manfred. Aber man muss ja nicht immer schwarz sehen.



Die Schweiz macht's vor: Hassprediger rausgeschafft

Von CHEVROLET | Islamische Hassprediger? In Deutschland werden sie bekanntermaßen herzlich willkommen ihr Unwesen zu treiben. Aber die kleine Schweiz zeigt endlich Härte gegen diese Feinde der europäischen Gesellschaften. Der Imam der An'Nur Moschee in Winterthur im Kanton Zürich [wurde jetzt \(endlich\) ausgeschafft](#), wie es sich in der Schweiz nennt, wenn jemand abgeschoben wird.

Statt im Land der Berge, Fränkli und Schoki, darf er sich jetzt im dafür viel sonnigeren Somalia aufhalten, seitdem Somalia ihn als Bürger des Landes akzeptiert hat. Da der Mann

(natürlich) nicht über gültige Reisedokumente verfügte, musste das Staatssekretariat für Migration (SEM) umfangreiche Ermittlungen zu seiner Herkunft durchführen. Zuerst ging man davon aus, dass der hinlänglich bekannte Hassprediger Äthiopier sei, doch letztlich stellte sich heraus, dass er Somalier ist.

Im November 2017 wurde der inzwischen 25-Jährige zu 18 Monaten Haft wegen Aufrufes zu Gewalt und Straftaten verurteilt, und zu einem Aufenthaltsverbot für die Schweiz für zehn Jahre. Ein Jahr später wurde das Urteil durch das Kantonsgericht in Zürich bestätigt. Der Extremist jedoch war schon Ende Februar 2018 wieder in Freiheit, weil seine Haft zur Bewährung ausgesetzt war. Er ergriff daraufhin die Flucht, setzte sich – oh Wunder! – nach Deutschland ab, wurde jedoch aufgegriffen und in die Schweiz zurückgebracht.

Inzwischen ist die Extremisten-Moschee geschlossen worden. Sie geriet immer wieder im Zusammenhang mit Personen, die zur Terrorgruppe IS gingen, in den Fokus von Behörden und Öffentlichkeit.



Neue Idee der Merkel-Regierung: Miete zahlen für

„Flüchtlinge“

Von CHEVROLET | Möchten Sie endlich zum Gutmenschen werden? Stolz darauf, an der Übergabe des Landes an den Islam tatkräftig mitgewirkt zu haben? Dann hat die Bundesregierung eine großartige Idee für Sie, liebe Leser. Allerdings ein Bündel Geld und viel Zeit für die Jungs aus irgendeinem Shithole des Planeten sollten Sie schon mitbringen.

Die Bundesregierung will interessierte Bürger enger in die Integration neu ankommender „Flüchtlinge“ einbinden. Freiwillige Mentoren sollen in diesem Jahr bis zu 500 „Flüchtlingen“ im Rahmen des neuen Pilotprojekts „Neustart im Team“ (NesT) beim Einleben in Deutschland helfen – bei Behördengängen, der Suche nach Wohnungen, Arbeitsplätzen und Schulen und bei Begegnungen etwa in Sportvereinen und bei Festen, [wie das Bundesinnenministerium bekannt gab](#).

Ziel sei es, mit der Einbindung interessierter Bürger als Mentoren die „erfolgreiche gesellschaftliche Integration“ zu erleichtern, erklärte die CDU-Migrationsbeauftragte der Bundesregierung, Annette Widmann-Mauz. „Das nutzt den Schutzbedürftigen, aber auch der ganzen Gesellschaft.“ Der parlamentarische Staatssekretär der CSU im Bundesinnenministerium, Stephan Mayer, sprach jubelnd von einem „echten Gemeinschaftswerk von Staat und Zivilgesellschaft“.

Mentoren sollen Neuankömmlinge ideell und finanziell unterstützen

Jeweils fünf Mentoren müssen sich verpflichten, für einen oder mehrere „Flüchtlinge“ eine geeignete Wohnung zu finden und zwei Jahre lang die Kaltmiete zu finanzieren. Zudem sollen sie die „Flüchtlinge“ ein Jahr lang in Alltagssituationen auf dem Weg zur gesellschaftlichen Teilhabe unterstützen. Anders als bei den sogenannten Flüchtlingsbürgschaften weiß jeder Mentor

von Anfang an, wie viel er finanziell beitragen muss.

Die „Flüchtlingsbürgen“ bürgten vor einigen Jahren für „Flüchtlinge“ und gingen davon aus, dass die Eindringlinge später von der Gesellschaft alimentiert würden und sie dann nicht mehr zahlen müssten. Doch es sollte anders kommen: die gutmenschlich-naiven Bürgen wurden zu teils erheblichen Zahlungen aufgefordert. Das sofort einsetzende Lamento dieser Leute führte dann schnell dazu, dass die Gutmenschen nicht zahlen mussten, sondern die Kosten mal wieder am Steuerzahler hängen blieben.

Die „Flüchtlinge“ müssen in Deutschland keinen Asylantrag stellen, sondern werden im Rahmen des sogenannten „Resettlements“ aufgenommen. Deutschland hat der EU-Kommission für die Jahre 2018 und 2019 die Aufnahme von insgesamt 10.200 Menschen zugesagt. Die Teilnahme am „Neustart“-Programm ist für die „Flüchtlinge“ natürlich freiwillig. Wenn sie sich aber darauf einlassen, sind sie erst einmal verpflichtet, in der Wohnung zu leben, die ihnen die Mentoren ausgesucht haben. Ausgewählt werden die Schutzbedürftigen, die für das „Resettlement“ infrage kommen, vom UN-Flüchtlingshilfswerk.

Für die Beratung und Schulung interessierter Helfer wurde eine Zivilgesellschaftliche Kontaktstelle (ZKS) neu eingerichtet. Sie besteht in der Pilotphase aus Vertretern der Deutschen Caritas, des Deutschen Roten Kreuzes und der Evangelischen Kirche von Westfalen. Finanziert wird sie unter anderem von der Bertelsmann-Stiftung und der Stiftung Mercator. Verantwortet wird das Pilotprogramm vom Bundesinnenministerium, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) und der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung.



Erstlingswerk der „Links-Staat“-Autoren jetzt auf YouTube

Im Sommer 2015 hat Europa den bis dahin größten Zustrom von Armutsmigration über das Mittelmeer erlebt. Zu diesem Zeitpunkt wurde die Grenzschutzagentur FRONTEX auf Geheiß der selbsternannten politischen EU-Eliten – allen voran der Flüchtlingskanzlerin Angela Merkel (CDU) – in atemberaubender Geschwindigkeit zu einer „Schlepperhilfsorganisation“ umfunktioniert.

In den allermeisten europäischen Medien, ganz besonders von den deutschen GEZ-Fernsehsendern, wurden den Bürgern mitleiderweckende Bilder von Kriegsflüchtlingen mit ihren kleinen Kindern (Kulleraugen) präsentiert, die unter Einsatz ihres Lebens über das Mittelmeer vor Krieg, Vertreibung und Verfolgung aus den Krisen- und Kriegsgebieten der Region geflüchtet waren.

Als in den sozialen Medien erste Bilder und Zweifel an diesen Darstellungen auftauchten, hatten sich die „Links-Staat“-Erfolgsautoren Christian Jung und Torsten Groß bereits mit ihren Kameras auf den Weg nach Südeuropa gemacht.

Wie von ihnen gewohnt haben Jung und Groß mit einzigartigen Bildern – wie einer Smartphone-Ausgabe an junge Schwarzafrikaner auf einem norwegischen FRONTEX-Schiff – mit

den Lügen der Mainstream-Medien gnadenlos abgerechnet.

Den beiden Dokumentarfilmen ist es auf der süditalienischen Insel Sizilien gelungen, gleich zwei Anlandungen von FRONTEX-Schiffen an nur einem Tag zu filmen. Rund Eintausend aus vermeintlicher „Seenot gerettete“ Afrikaner gingen an diesem Tag von Bord. Bürgerkriegsflüchtlinge, Frauen und Kinder waren bestenfalls im Promillebereich anzutreffen!

Jetzt hat der *KOPP Verlag* diese einzigartigen Bilder einer (nicht ganz) unkontrollierten Zuwanderung kostenlos auf seinem *YouTube*-Kanal veröffentlicht.

Viel Spaß bei der Lektüre...

Weitere Publikationen der Autoren Christian Jung und Torsten Groß:

- [Link](#) zum Buch „Der Links-Staat“
- [Link](#) zu Teil 1 „Der Links-Staat: Die kommunalen Netzwerke“
- [Link](#) zu Teil 2 „Der Links-Staat: Antifa und Staatspropaganda“



Afrikaner entdecken Zypern als Einfallstor nach Europa

Von CHEVROLET | Weitgehendst unbeachtet hat sich im Osten des

Mittelmeers eine neue „Flucht“- und Schleuserroute in die EU aufgebaut. Diesmal geht es über Zypern.

Eigentlich eine logische Verbindung, denn Zypern, das seit 1974 in einen türkischen und einen griechischen Teil geteilt ist, liegt gerade einmal 170 Kilometer von der libanesischen und syrischen Küste entfernt, wenn man von der südlichen Hafenstadt Larnaka ausgeht. Nur ganze 70 Kilometer sind es dagegen von Nordzypern in die Türkei.

Kurzum, die geographische Nähe der Insel lädt geradezu ein, zur Fluchtroute zu werden. Warum das nicht bereits seit Jahren der Fall ist, ist unbekannt. Doch jetzt haben die Versorgungssuchenden, seltsamerweise insbesondere aus Afrika, dieses offene Einfallstor in die EU entdeckt.

[Nach Medienangaben](#) hat die zypriotische Küstenwache vor der Ostküste erst vor wenigen Tagen zehn Migranten aufgegriffen, nach eigenen Angaben Syrer. Der Sender RIK der staatlichen „Cyprus Broadcasting Corporation“ berichtete, dass die „Flüchtlinge“ an der libanesischen Küste gestartet seien. 5000 Euro hätten sie pro Person an Schlepper bezahlt.

Zypriotische Behörden entdecken zurzeit fast täglich eindringende Migranten

Ein weiteres Einfallstor in den EU-Mitgliedsstaat Zypern ist auch die Grenze zum türkischen Teil der Insel. Erst kürzlich griffen die zypriotischen Grenzbehörden 37 Migranten auf, die vom Nordteil in den Südteil eindringen wollten, [so die „Cyprus Mail“](#). Das sogar an einem offiziellen Checkpoint zwischen den beiden Inselteilen am einstigen „Ledra Palace Hotel“, das heute Hauptquartier der UN-Truppen auf Zypern ist, mitten in der Inselhauptstadt Nikosia.

[Laut „InfoMigrants“](#) stieg die Zahl der Asylsuchenden in Südzypern von 4459 im Jahr 2017 auf 7713 im Jahr 2018.

Unterdessen fordern die Eindringlinge einen besseren Zugang zum lokalen Arbeitsmarkt und generell mehr Geld. Die meisten

von ihnen sind Afrikaner. Bislang dürfen Asylsuchende nur in wenigen Branchen arbeiten.

Der zypriotische Präsident Nikos Anastasiades hat bereits Hilfe von der EU gefordert. In der EU-Inselrepublik Zypern mit gut einer Million Einwohnern leben neben Zehntausenden legalen Ausländern auch rund 10.000 Migranten und Flüchtlinge, deren Status nicht geklärt ist. Das Aufnahmelager in Kokkinotrimithia westlich der Hauptstadt Nikosia ist zyprischen Medien zufolge überfüllt.



Prügel-Syrer: Abiturientin auf Intensiv, Nothelfer braucht Titanplatte im Kopf

Von EUGEN PRINZ | Bekanntermaßen sind in einigen Ländern des islamischen Kulturkreises auch heute noch drakonische Strafen wie Amputation von Gliedmaßen, Auspeitschen und sogar die [Kreuzigung](#) im Gesetz verankert. Als aufgeklärter Mitteleuropäer ist man von dieser Art des Strafvollzuges abgestoßen. Der Autor muss jedoch einräumen, dass ihm angesichts dessen, was Sie gleich lesen werden, die Frage durch den Kopf gegangen ist, ob solche Strafen möglicherweise die einzige Sprache sind, die Kriminelle aus diesem Kulturkreis verstehen.

Deutschland 2019: Wehe Du bist zur falschen Zeit am falschen Ort

[Magdeburg](#): Am Gründonnerstag gegen 13.30 Uhr sitzt die 18-jährige Gymnasiastin Levken in der Straßenbahn, hört mit dem Headset Musik und sieht aus dem Fenster. Aus den Augenwinkeln bemerkt die Schülerin eine Bewegung, dann steht plötzlich ein Mann vor ihr und rammt ihr ohne Vorwarnung und ohne Grund die Faust ins Gesicht. Das Nasenbein und der linke Augenhöhlenring brechen, das Blut spritzt. Das Mädchen taumelt durch den Gang. Obwohl die anderen Fahrgäste geschockt sind, wagt keiner, dem Prügelopfer zu Hilfe zu kommen. Offenbar fürchten sich alle vor dem Gewalttäter, einem „Schutzsuchenden“ aus Syrien.

Bei der nächsten Haltestelle taumelt die Schwerverletzte auf die Straße. Der Angreifer will ihr nach, aber dann schreitet doch noch einer der Fahrgäste, ein 28-jähriger Medizinstudent, ein. „Geht´s noch?“, herrscht er den Syrer an. „Was willst Du?“, antwortet dieser und versetzt dem Nothelfer einen heftigen Schlag ins Gesicht. Die Straßenbahn ist plötzlich fast leer, die anderen Fahrgäste haben sie fluchtartig verlassen. Der Medizinstudent ruft um Hilfe, aber niemand kommt.

Allein mit dem Prügel-Syrer in der versperrten Straßenbahn

Und jetzt beginnt der Horrortrip für den 28-Jährigen. Die Türen der Straßenbahn schließen sich und er ist mit dem Prügel-Syrer alleine. Dieser schlägt minutenlang auf ihn ein. Als der Student am Boden liegt, folgen Tritte gegen den Kopf. Das Opfer versucht seinen Kopf so gut wie möglich zu schützen, doch das gelingt nicht. Die Haut platzt auf und Blut fließt aus drei Kopfwunden. Die Vorderwand der Stirnhöhle bricht.

Erst als an der nächsten Haltestelle ein Polizeibeamter einsteigt, hat die Gewaltorgie ein Ende. Der Beamte ist nicht im Dienst, schreitet aber trotzdem pflichtgemäß ein. Bei der Festnahme leistet der Syrer Widerstand und muss gefesselt

werden. Trotz der schweren Verletzungen der Opfer und obwohl der Schläger bereits polizeibekannt ist, kommt er nicht in Untersuchungshaft, sondern wird in die Psychatrie eingeliefert, weil er damit droht „sich und anderen zu schaden“. Und dann passiert das unfassbare: Der Prügel-Syrer entlässt sich am nächsten Tag selbst und spaziert ungehindert in die Freiheit.

Polizei verneint Haftgründe

Die Polizeiinspektion Magdeburg erklärt, dass das Vorliegen von Haftgründen von den Beamten vor Ort verneint worden sei. In der Pressemitteilung war beschwichtigend nur von einem „Armbruch“ die Rede, den es jedoch nie gegeben hatte.

Allerdings hatte die Magdeburger Polizei ihre Rechnung ohne die Familie der Studentin gemacht. Diese setzte alle Hebel in Bewegung, ging an die Öffentlichkeit und hatte schließlich Erfolg. Die Verletzungen der beiden Opfer wurden von Rechtsmedizinern begutachtet und als „potenziell lebensbedrohlich“ eingestuft. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft erließ das Amtsgericht Magdeburg am 26. April, also acht Tage nach der Prügelattacke, einen Haftbefehl. Der Schläger konnte noch am selben Tag in Magdeburg festgenommen werden und sitzt jetzt in U-Haft.

Wie bekannt wurde, handelt es sich bei dem Täter um einen 34-jährigen Syrer, der bereits in Nordrhein-Westfalen Prügelorgien veranstaltet hat. Zu Einzelheiten wollte sich ein Sprecher der Polizei nicht äußern. Pressemitteilungen dazu gibt es ebenfalls nicht.

Kommentar: Wenn Sie sich, lieber Leser, jetzt fragen, warum dieses Individuum noch in Deutschland ist, dann sind Sie wahrscheinlich nicht alleine. Ebenfalls werden Sie in guter Gesellschaft sein, wenn Sie sich fragen, wie lange wir uns das alles eigentlich noch gefallen lassen sollen. Eine Gelegenheit, „denen da oben“ zu zeigen, dass jetzt das Maß

voll ist, bietet die Wahl zum Europäischen Parlament.



Besonders Somalier genießen die soziale Hängematte

Von CHEVROLET | Rankingshows sind im Fernsehen in Mode. Aber es gibt auch Rankings, die alles andere als schön sind. Und die beweisen, dass Vorurteile eigentlich sehr oft keine sind, sondern durch die Wirklichkeit bestätigt werden.

Solche Nachrichten kommen aus der Schweiz. Zwischen Käse und Bergen schaut man manchmal sehr genau hin, wie nicht nur deutsche Leser der *Basler Zeitung*, der *Weltwoche* oder der *Neuen Zürcher Zeitung* wissen, die eben mehr über Deutschland wissen wollen als das, was die deutschen Staatssender und die linientreuen Printmedien berichten.

Aber der Reihe nach: Somalia, das ist das Land am Horn von Afrika, das vor allem durch seine Piraten bekannt wurde und deren Menschen recht arm sind. Und mit einem [durchschnittlichen Intelligenzquotienten von 68](#) gehören die Somalier auch nicht zu den Hellsten. Allerdings folgen noch 16 weitere afrikanische Länder und die Insel Saint Lucia in der Karibik mit einem noch geringeren Wert.

Aber auch bis Somalia hat sich schon lange herumgesprochen, dass Merkel für jeden, der keine Lust mehr auf Arbeiten hat,

der ein Moslem ist und am besten möglichst dunkle Hautfarbe hat, ein Herz hat und ihm lebenslange Vollversorgung als Dank für seine pure Anwesenheit garantiert. Nicht nur in Deutschland landeten so Somalier, sondern auch in der Schweiz.

Eine Analyse der neuesten Zahlen des Bundesamtes für Statistik und der Ausländerstatistik des schweizerischen Staatssekretariats für Migration förderte jetzt zutage, dass von den Somaliern in der Schweiz sagenhafte 83,7 Prozent Sozialhilfe beziehen. Damit sind sie ungeschlagener Spitzenreiter im Ranking derer, die fürs Nichtstun bestens bezahlt werden von den Eidgenossen, [berichtet jetzt „20 Minuten“](#).

Auch Eritreer (Quote: 54,7 Prozent) und Angolaner (Quote: 54 Prozent) bezogen häufig Sozialhilfe. Dahinter folgen Iraker, Äthiopier und Kongolesen. Sämtlich Herkunftsländer, in denen der durchschnittliche IQ extrem niedrig ist.

Unter der Schweizer Bevölkerung betrug der Anteil jener, die Sozialhilfe beziehen, 2,3 Prozent. Am tiefsten war der Wert in der Schweiz bei Japanern (0,6 Prozent), Iren (0,9 Prozent) und Australiern (1,0 Prozent). In die Auswertung wurden alle Nationalitäten einbezogen, von denen mehr als 1000 Personen zur Wohnbevölkerung zählen.

Das Ranking schreckt die Politik auf. Für Ständerat Damian Müller von der Schweizer FDP, die mitregiert, belegen die Zahlen, dass zu viele Menschen in die Schweiz kämen, die nicht asylberechtigt seien und dann jahrelang in der Sozialhilfe landeten. Wer hingegen Anrecht auf Asyl habe, müsse so schnell wie möglich auch ins Berufsleben integriert werden. Nur so könne die Abhängigkeit von der Sozialhilfe gesenkt werden.

Die berufliche Integration sei aber schwierig. Denn gerade Menschen aus Afrika hätten häufig keine mit europäischen Standards vergleichbare Bildung genossen. Hinzu kämen sprachliche Schwierigkeiten, kulturelle Unterschiede und die

Tatsache, dass es im Hochtechnologieland Schweiz nicht viele Jobs gebe, die einfache Tätigkeiten verlangten. „Integration ist keine Einbahnstraße“, sagt Müller. „Flüchtlinge sind in der Bringschuld.“



Frei Flüge nach Europa

Von CHEVROLET | Goldstücke wären sie, die „Flüchtlinge“, die seit 2015 scharenweise nach Deutschland kommen. Das erzählten die Blockparteien-Vertreter geradezu gebetsmühlenartig, dringend gesuchte Fachkräfte, hochqualifizierte und großartige gebildete Menschen. Goldstücke eben.

Inzwischen glaubt die Mär keiner mehr, denn es kamen nicht Goldstücke, sondern Kostgänger auf der Suche nach einem genussvollen All-inclusive-Leben.

Einer, der noch an den überragenden Wert von Goldstücken glaubt, ist Papst Franziskus. Der heilige Mann, auch bekannt als der Papst der Moslems, sieht „Flüchtlinge“ (oder die sich so nennen) als höherwertig gegenüber anderen Menschen an. Das stellte der heilige Mann am Samstag auf dem Petersplatz in seinem Vatikan unter Beweis.

Nach dem Gebet „Regina Coeli“ forderte Franziskus zunächst, [für die „Flüchtlinge“ zu beten](#), die in Libyen in Lagern saßen. Dass sie dort freiwillig sind – immerhin hat sie niemand gezwungen nach Libyen zu reisen – unterschlägt der Papst

natürlich. Richtig ist, dass die Lage in Libyen durch den anhaltenden Konflikt zwischen Regierung und der oppositionellen „Libyan National Army“ und deren Angriffe auf die libysche Hauptstadt komplizierter geworden ist.

Papst Franziskus ging sogar noch weiter: Er forderte die Evakuierung von Flüchtlingen aus Libyen, insbesondere von Frauen, Kindern und Kranken, wobei diese Gruppen bekanntlich einen verschwindend geringen Anteil an der Gesamtzahl der „Flüchtlinge“ stellen.

Mit anderen Worten: Freiflüge für alle, die es bis Libyen geschafft haben. Natürlich nicht Freiflüge in die Heimat, sondern dahin, wo die jungen Herren sowieso wollen: nach Europa und Germoney.

Besonders moralisch bedenklich ist die Tatsache, dass in Franziskus' Augen offenbar nur die „Flüchtlinge“ unter dem inneren Konflikt in Libyen leiden. An die lokale Bevölkerung, für die der Aufenthalt im Land mindestens genauso riskant ist wie für die „Flüchtlinge“, denkt seine Heiligkeit natürlich nicht.

Und das Wort von einer Aufnahme der Goldstücke im Vatikan spricht er auch nicht. Wer hätte das auch erwartet von einem Kirchenfürsten, der nicht einmal einen Euro für den Wiederaufbau von Notre Dame in seinen Geldspeichern locker macht.

Und die ersten 140 Goldstücke dürften bereits im Anmarsch sein, denn die werden (zunächst) nach Rom gebracht. Salvini wird sie sicher freudig an Merkel weiterreichen.



Wenn der Jugendliche fast 50 Jahre alt ist...

Von CHEVROLET | Bis in die letzten Bergtäler Afghanistans, Wüsten des Irak oder Syriens, in jedes afrikanische Dorf und überall auf der Welt hat es sich herumgesprochen, dass man in Deutschland problemlos ein vollversorgtes und bestens gepolstertes Leben verbringen kann, wenn man an den deutschen Grenzen erscheint. Schlepper und Gutmenschen sind bei der Anreise ins Paradies für Afrikaner und Moslems gerne behilflich, und wenig später sprudelt das Geld.

Und das Schönste: Man kann sich benehmen, wie es einem gefällt, wie in der alten Heimat. Doch es gibt noch die Steigerung: Minderjährige „Flüchtlinge“ haben den absoluten Jackpot gewonnen – auf sie wartet ein noch besseres Verwöhnprogramm, natürlich bezahlt von den dummen deutschen steuerzahlenden Merkel-Sklaven.

Warum soll man also nicht beim eigenen Alter tricksen, sich mal ein paar Jährchen jünger machen als man ist. Und so ist der Asylantrag ein um ein Vielfaches besseres und billigeres Verjüngungsmittel als Hyaluron oder Botox. Wie dreist die „jungen“ Herren sein können, bewies kürzlich ein Fall in Südwest-Frankreich, von dem [„Charente Libre“](#) berichtet.

Da tauchten zwei Afrikaner in der Gemeinde Angoulême auf und forderten Asyl. Einer der beiden behauptete, er sei aus Mali und sei minderjährig. Der Zweite legte sogar eine

Geburtsurkunde vor, die ihn als 16 Jahre alten Mann aus Guinea auswies.

Da in Angoulême im Departement Charente in der jüngsten Zeit auffällig viele „Minderjährige“ eintrafen, sind die Behörden vorsichtig geworden und forschen nach. Während der angeblich aus Mali kommende als 21-Jähriger identifiziert wurde, stellte sich heraus, dass der angebliche Guineer sagenhafte 41 Jahre alt war. Ganz offenbar hat das Wort Asyl eine sagenhafte Kraft, was Verjüngungen solcher Leute bewirkt.

Den Franzosen fiel es auf, weil der „Jüngling“ bereits in Spanien mit seinen Fingerabdrücken registriert wurde, wo er 41 Jahre alt war. Solche Vorfälle sind alles andere als selten, wie der Generalstaatsanwalt der Region Montpellier, Christophe Barret, berichtet: „Erst kürzlich hatten wir einen 32-jährigen Mann, der behauptete, 17 Jahre alt zu sein“.

Allerdings ist das kein rein französisches Problem. In Schweden wurde schon 2017 eine Untersuchung durchgeführt, die zutage förderte, dass 86 Prozent der angeblich minderjährigen Flüchtlinge gar keine Minderjährige seien. In Deutschland wird bekanntermaßen nicht geprüft, ob der angeblich minderjährige „Flüchtling“ 17 oder 57 Jahre alt ist. Es wird voller Dankbarkeit für das Erscheinen sofort gezahlt.